

Ein Ausweg aus der Rentenkrise

Denkfabrik Die Regierung sollte im Rentensystem noch stärker auf das Prinzip der Kapitaldeckung setzen – muss dabei aber auf die richtigen Anreize achten

TEXT Alexandra Niessen-Ruenzi, Martin Weber

Deutschland steht vor einer der größten demografischen Herausforderungen seiner Geschichte. Die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer gehen in den Ruhestand, während immer weniger junge Menschen in den Arbeitsmarkt nachrücken. Schon heute finanzieren nur noch rund zwei Erwerbstätige eine Rentnerin oder einen Rentner, während es in den 1960er-Jahren noch sechs Erwerbstätige waren. Das Umlageverfahren, einst ein Erfolgsmodell sozialer Solidarität, gerät damit schon bald an seine strukturellen Grenzen.

Wer dennoch weiter auf das reine Generationenvertragprinzip setzt, vertraut auf eine ökonomische Illusion: dass eine schrumpfende Erwerbsbasis dauerhaft steigende Renten finanzieren kann. Wenn das System staatliche Rente stabil gehalten und eine überbordende Neuverschuldung ausgeschlossen werden soll, bleiben nur drei Hebel: höhere Beiträge, niedrigere Renten oder ein späterer Renteneintritt. Alle drei Optionen sind politisch und sozial schwer vermittelbar, wie die aktuelle Reformdebatte zeigt.

Eine kapitalgedeckte Rente bietet hier mittel- und langfristig einen Ausweg. Andere Länder wie Schweden, die Niederlande, Norwegen oder Australien setzen bereits erfolgreich auf kapitalgedeckte Rentenelemente. In Schweden fließt ein Teil der Sozialbeiträge automatisch in staatlich verwaltete Fonds, die breit gestreut und kostengünstig investieren und langfristig stabile Renditen erzielen. So beträgt die durchschnittliche, kapitalgewichtete jährliche Rendite des schwedischen AP7 Söfa Pensionsfonds seit seiner Gründung 2010 immerhin 11,5 Prozent.

Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge stärkt nicht nur die finanzielle Sicherheit, sondern auch die Volkswirtschaft. Langfristig angelegte Rentenfonds fördern die Kapitalbildung, finanzieren Innovationen und Infrastruktur und stabilisieren die Finanzmärkte. In angelsächsischen Ländern stellen Pensionsfonds einen bedeutenden Anteil institutioneller Investoren, die nachhaltige Investitionen ermöglichen.

Deutschland hat diese Chance bisher weitgehend verpasst. Trotz hoher Sparquote liegt ein Großteil des Vermögens in niedrig verzinsten Bankeinlagen oder überteuerten Finanzprodukten. Dieses Kapital ließe sich produktiver nutzen: durch Investitionen in Aktien, Anleihen und die dringend benötigten Infrastrukturprojekte zur Modernisierung des Landes.

„Eine kapitalgedeckte Rente in Deutschland ist kein neoliberales Projekt. Sondern eine ökonomische Notwendigkeit“



ALEXANDRA
NIESSEN-RUENZI,
45

ist Professorin für
Finanzen an der Uni-
versität Mannheim.



MARTIN WEBER, 74

ist Seniorprofessor
für Betriebs-
wirtschaftslehre an
der Universität
Mannheim.

Natürlich birgt das Modell der Kapitaldeckung auch Risiken wie schwankende Kurse oder Fehlanreize durch kurzfristige Anlagepolitik. Doch diese Risiken sind beherrschbar durch breite Diversifikation, langfristige Anlagezeiträume und überzeugende Governancessstrukturen der beteiligten Institutionen. Selbst die negativen Folgen der Finanzkrise 2008 führten in der langen Frist nicht zu Verlusten des investierten Kapitals. Wesentlich größer erscheint das Risiko, den Kapitalmarkt bei der Reform des Rentensystems zu ignorieren.

AUCH GERINGVERDIENER PROFITIEREN

Auch die soziale Gerechtigkeit spricht nicht gegen, sondern für Kapitaldeckung. Gerade Geringverdiener profitieren von einer Rendite, die über der Lohnentwicklung liegt. Eine obligatorische, kollektiv organisierte Kapitalanlage, etwa nach dem Vorbild des in der vergangenen Legislaturperiode vorgeschlagenen Generationenkapitals, könnte das Rentensystem stabilisieren. Dass das Volumen einer solchen Anlage angesichts der angespannten Haushaltslage zunächst nur einen kleinen Teil des Gesamtsystems ausmachen wird, senkt die Risiken zusätzlich.

Ergänzend zu einer Kapitaldeckung des staatlichen Rentensystems sollte die Politik auch Anreize zu Kapitalmarktinvestitionen im Rahmen der privaten Altersvorsorge setzen. Im März hat der Bundestag mit dem steuerlich geförderten Altersvorsorgedepot einen Schritt in diese Richtung gemacht. Auch hier ist der institutionelle Rahmen entscheidend.

Zu achten ist vor allem auf eine breite Diversifikation (etwa durch Fonds oder ETFs) und einen langfristigen Anlagehorizont, aber auch auf niedrige Kosten und eine begrenzte Volatilität von maximal 20 Prozent. Eine transparente staatliche Zertifizierung von geeigneten Finanzprodukten durch eine unabhängige Institution sowie die staatliche Bereitstellung entsprechender Informationen für die Anspar- und Entsparphase sind zum Schutz der Anlegerinnen und Anleger essenziell.

Die politische Diskussion über die Rente ist oft von kurzfristigen Wahlzyklen geprägt. Doch die demografische Realität lässt keinen Aufschub mehr zu.

Jeder muss wissen: Eine kapitalgedeckte Rente ist kein neoliberales Projekt. Sondern eine ökonomische Notwendigkeit. ■